

Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:

0093/2016/AN

Antragsteller: LINKE/PIRATEN, Bunte Linke, SPD, B'90/Grünen

Antragsdatum: 15.11.2016

Federführung:

Dezernat I, Referat des Oberbürgermeisters

Beteiligung:

Betreff:

e-Government und Open Data in Heidelberg

Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	01.12.2016	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	08.02.2017	Ö		
Gemeinderat	16.02.2017	Ö		

Antrag Nr.:

0093/2016/AN

00268407.doc

...

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Antrag Nr.: 0093/2016/AN

Abbildung des Antrages:



Fraktion DIE LINKE/ PIRATEN
Sahra Mirow (Fraktionsvorsitzende),
Alexander Schestag, Bernd Zieger



Bunte Linke
Arnulf Weiler-Lorentz
Hilde Stolz

An
Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner

Stadt Heidelberg
Rathaus / 69117 Heidelberg
Mail: 01-Sitzungsdienste@heidelberg.de

Heidelberg, den 17.11.2016

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates stellen wir gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg den Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

e-Government und Open Data in Heidelberg

- Bericht des Oberbürgermeisters
- Diskussion/Aussprache
- gegebenenfalls Anträge

Begründung:

Beim Besuch der Delegation aus Montpellier wurde unter anderem über zahlreiche Initiativen und Projekten berichtet, in die die Stadt Heidelberg eingebunden ist und die sich befassen mit

- Erweiterung der Internetnutzung für bürgerorientierte Verwaltungsaufgaben,
- Harmonisierung von solchen Verfahren auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene
- Analyse von Daten, die bei der Stadtverwaltung verfügbar sind,
- Entwicklung von Programmen zur Nutzung solcher Daten,
- Bereitstellung von Daten für Bürger und Gewerbe.

Der Gemeinderat sollte über diese Projekte informiert sein, weil sichergestellt sein muss,

- dass solche Daten nicht missbräuchlich genutzt werden können,
- dass sie in aggregierter Form den Bürgern zugänglich sind. Hierfür muss geprüft werden, ob zusätzlich zum Informationsfreiheitsgesetz des Landes noch eine Informationsfreiheitssatzung der Stadt erforderlich ist.

**gezeichnet Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/PIRATEN,
gezeichnet Bunte Linke,
gezeichnet SPD-Fraktion,
gezeichnet Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**